



Nummer: 114/2016  
den 25.10.2016

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich  
 Nichtöffentlich  
 Nichtöffentlich bis zum  
Abschluss der Vorberatung

- KT  
 VFA 1. Dez. 2016  
 ATU  
 ATU/BA  
 SOA  
 KSA  
 JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2017  
- Anträge der Fraktionen

Anlagen: -

- Verfahrensgang:  Einbringung zur späteren Beratung  
 Vorberatung für den Kreistag  
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

**BESCHLUSSANTRAG:**

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

**Auswirkungen auf den Haushalt:**

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen auf den Haushalt 2017 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 114a/2016 erläutert.

**Sachdarstellung:**

Anlässlich der Haushaltsdebatte über den Kreishaushalt 2017 am 27. Oktober 2016 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Verwaltungs- und Finanzausschuss in der Sitzung am 1. Dezember 2016 beraten und vom Kreistag am 8. Dezember 2016 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

## **1. Anträge der Fraktion Freie Wähler**

- 1.1 Es wird beantragt, den Kreisumlagehebesatz mit 32,50% festzusetzen.
- 1.2 Es wird beantragt, die für besondere Zwecke gebildete Rücklage aus dem Jahresergebnis 2015 in eine FAG-Ausgleichsrückstellung in Höhe von 8,0 Mio. € umzuwidmen und diese im Haushaltsjahr 2017 aufzulösen.
- 1.3 Es wird beantragt, beim Haushaltsansatz der Personalkosten in Höhe von 94.227.100 € eine pauschale Kürzung von 2.000.000 € vorzunehmen.
- 1.4 Es wird beantragt, den pauschalen Haushaltsansatz für den Kauf von Grundstücken und die Herstellung von Flüchtlingsunterkünften in Höhe von 20,0 Mio. € auf 12,0 Mio. € zu reduzieren.

## **2. Anträge der CDU-Fraktion**

- 2.1 Es wird ein Bericht beantragt über
  - 2.1.1 die konkrete momentane Anzahl der Flüchtlinge – aufgeteilt in vorläufige Unterbringung und Anschlussunterbringung im gesamten Landkreis und in den einzelnen Städten und Gemeinden, verteilt auf jede Kommune mit Angaben zu Soll und Ist.
  - 2.1.2 den jeweiligen ausländerrechtlichen Status der Flüchtlinge und
  - 2.1.3 sofern Erkenntnisse vorliegen, Informationen über den zu erwartenden Familiennachzug.
- 2.2 Es wird beantragt umfassend über die Einführung des 15-Minuten-Taktes für die S-Bahn in der Region Stuttgart zu informieren und insbesondere
  - die Überlegungen des VRS zur Einführung eines 15-Minuten-Taktes und
  - die finanzielle Beteiligung der verschiedenen Finanzierungsträger darzustellen.
- 2.3 Es wird beantragt, die neu zu schaffenden unbefristeten Stellen mit einem kw-Vermerk zu versehen.

## **3. Anträge der SPD-Fraktion**

- 3.1 Es wird beantragt, einen aktuellen Sachstandsbericht über die organisatorischen und personellen Veränderungen bei der Ausländerbehörde des Landkreises Esslingen zu geben.  
Die Landkreisverwaltung zeigt dabei aktuelle Gründe für organisatorische und personelle Engpässe auf und führt Maßnahmen und Lösungsmöglichkeiten an, die eine zeitnahe Verbesserung der Situation ermöglichen.
- 3.2 Es wird beantragt, dass die Berichterstattung über den Vollzug des Haushaltsplanes (Finanzzwischenbericht) der Systematik der Darstellung des Haushaltsplanes folgt.
- 3.3 Es wird beantragt, den Ansatz Schlüsselzuweisungen vom Land (31110000) um 6 Millionen Euro zu erhöhen.

- 3.4 Es wird beantragt, den bisherigen Hebesatz von 32,5 Prozentpunkten beizubehalten.

#### **4. Anträge der Fraktion GRÜNE**

- 4.1 Es wird beantragt, dass die Verwaltung die Entwicklung der Verschuldung bis 2025 unter Berücksichtigung der geplanten Investitionsvorhaben darstellt.  
Sie stellt außerdem dar, wie sich die Abschreibungsbeträge aus den geplanten Investitionen entwickeln und daraus abgeleitet die Belastung der Kreisumlage.
- 4.2 Es wird beantragt, dass die Verwaltung im Laufe des Jahres 2017 über den Stand der Realisierung barrierefreier Bushaltestellen entsprechend den Kriterien und Empfehlungen der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Landkreises Esslingen (Kapitel 4.1.3; Abbildung 4.1) berichtet.
- 4.3 Es wird beantragt, dass die Landkreisverwaltung einen Vorschlag unterbreitet, über die Einführung von für die Kreisverwaltung kostenneutralen Dienstfahrrädern auf Basis eines Leasingmodells. Konkret bietet der Landkreis als Arbeitgeber das JobRad seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an und fragt den Bedarf ab.
- 4.4 Es wird beantragt, dass der Landkreis künftig beim eigenen Fuhrpark - wo möglich - auf Elektromobilität, sprich Elektroautos und Pedelecs, setzt.
- 4.5 Es wird beantragt, dass die Landkreisverwaltung über das Anfang 2016 für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführte Jahresticket zur Nutzung des ÖPNV berichtet.
- 4.6 Es wird beantragt, dass der Landkreis berichtet, wie weit der Landkreis und die Stadt Esslingen sowie weitere Akteure in ihren Verhandlungen sind, die bisherige Situation der Energieberatung zu verbessern und ob es ein Konzept und einen Zeitplan gibt?

#### **5. Anträge der Fraktion DIE LINKE**

- 5.1.1 Es wird beantragt, dass der Kreistag die Vertretung des Landkreises im Aufsichtsrat des VVS auffordert, die Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket zu beantragen. Das Sozialticket soll für alle Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG und AsylbLG gelten. Als Basispreis ist der Leistungsanteil für Verkehr im Regelbedarf nach Regelbedarf-Ermittlungsgesetz (RBEG) für Bezieher von Leistungen nach SGB II anzustreben.
- 5.1.2 Bei der Konzepterstellung ist insbesondere ein Modell zu erarbeiten, das eine Abmangelfinanzierung durch die Aufgabenträger für die Verkehrsunternehmen beziehungsweise den VVS in Höhe der ermittelten Umsteigerungsverluste zum Tag der Einführung vorsieht, und zusätzliche Einnahmen

durch Neukundengewinnung nach Einführung anteilig zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen beziehungsweise VVS aufteilt.

- 5.1.3 Anhand des erstellten Konzeptes sollen die voraussichtlichen Kosten ermittelt werden und im Aufsichtsrat des VVS sowie den beteiligten Gebietskörperschaften Landkreise, Stadt Stuttgart und Verband Region Stuttgart vorgestellt werden. Dabei sind die Erfahrungen des Stuttgarter Modells mit zu berücksichtigen.
- 5.1.4 Die für die Konzepterstellung gegebenenfalls anteilig notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen.
- 5.2 Es wird eine Resolution des Kreistags beantragt, die Landesregierung aufzufordern, alle die Kommunen betreffenden haushaltsrelevanten Nebenabsprachen einschließlich der sogenannten „Giftliste“, zu veröffentlichen.
- 5.3 Es wird beantragt, dass der Kreistag des Landkreises Esslingen die Landesregierung auffordert, die Verwendung der hohen Steuermehreinnahmen des Landes in den letzten Jahren aufgrund der konjunkturellen Entwicklung offenzulegen.
- 5.4 Es wird beantragt, dass der Kreistag des Landkreises Esslingen in Übereinstimmung mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg höhere Landeszuschüsse für dringend benötigten Mietwohnungsbau, Schulsanierungen und die bessere Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern fordert und Forderungen der Landesregierung nach Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen zurückweist. Als ersten Schritt tritt der Kreistag dafür ein, dass das Land seine Zusage einhält, auf die Vorwegentnahme von 315 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu verzichten. Zugleich fordert der Kreistag die Landesregierung auf, einen Plan auszuarbeiten, wie die große Investitionslücke von 27,2 Mrd. Euro allein in Baden-Württemberg mittelfristig abzubauen ist. Außerdem tritt der Kreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen ein, der von der Landesregierung finanziell auszustatten ist, damit die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gewährleistet wird.
- 5.5 Es wird eine Haltestelle für die überörtliche Buslinien 122 und 73 direkt am Werksgelände von Festo, Plieninger Straße 50 beantragt.
- 5.6.1 Es wird ein Bericht beantragt, über den Busverkehr nach 20 Uhr und am Wochenende.
- 5.6.2 Es wird beantragt, über das Reallabor-Pilotvorhaben „Bus on demand“ in Schorndorf zu berichten. Weiter soll der VVS über die technischen Möglichkeiten des „Bus on demand“-Systems und andere öffentliche Verkehrsmittel wie Taxen und Bürgerbusse berichten.
- 5.7 Es wird beantragt, dass der Kreistag eine Fachtagung zu einem möglichen S-Bahn-Ringschluss und zu den Vorschlägen von Umstieg 21 durchführt und sich über diese Projekte informiert.

**6. Anträge DIE REPUBLIKANER**

- 6.1 Es wird beantragt, dass die Verwaltung zur Weiterführung der S 2 von Neuhausen ins Neckartal und der Stadtbahnverlängerung U7/U8 berichtet, was konkret geschehen soll und welches Budget eingesetzt wird.
- 6.2 Es wird beantragt, dass die Verwaltung berichtet, welche Rolle Bürgerbusse im Rahmen des ÖPNV oder auch außerhalb haben und in welchen Orten des Landkreises dieses Fortbewegungsmittel bereits existiert.  
Wie wird das bürgerschaftliche Engagement der Organisatoren und Fahrer eingeschätzt und welche Möglichkeiten gibt es, von Kreisseite die Prüfungskosten der ehrenamtlichen Fahrer zu übernehmen?
- 6.3 Es wird beantragt, die Kreisumlage auf 35 % festzusetzen.

Heinz Eininger  
Landrat